

Du bist Europa!

Der Europäische Pakt der Jugend – Chancen, Ideen, Forderungen

Ein Projekt des Bremer Jugendrings



Mit den hier vorgestellten Forderungen und Vorschlägen zum »Europäischen Pakt der Jugend« wendet sich der Bremer Jugendring an die PolitikerInnen in Bremen. Die Liste der Umsetzungsvorschläge soll Grundlage für weitere Diskussionen sein und Denkanstöße für Änderungen und Neuerungen liefern.

Es sind Ergebnisse eines Workshops zum »Europäischen Pakt der Jugend«, den der Bremer Jugendring für »Jugend macht Europa« am 8. Mai 2007 im Bremer Rathaus organisierte. Die Bremer Jugendverbände wollen sich auch weiterhin für dieses Thema engagieren und deshalb sind unter anderem Diskussionen mit PolitikerInnen und Gespräche mit SchülerInnen geplant. Gerne stellen wir das Projekt auch an Bremer Schulen vor und freuen uns, wenn von dort weitere Ideen kommen oder das Projekt in einzelnen Klassen in den Unterricht aufgenommen wird.

Mit diesem Katalog legt der Bremer Jugendring Vorschläge dafür vor, wie der »Europäische Pakt für die Jugend« konkret in einem Bundesland vor Ort umgesetzt werden könnte. Wir sehen und formulieren viele Chancen:

Chancen für den Übergang von Schule zu Beruf, für berufliche Bildung und Mobilität, für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Chancen für Mitbestimmung.

Das Besondere an diesem Projekt: Jugendliche können mitgestalten und ihre Forderungen sollen einfließen in das, was EuropapolitikerInnen in Brüssel vertreten. Informationen zum Projekt und zu weiteren Aktionen sind bei Angela Ruess vom Bremer Jugendring erhältlich.

Stell dir vor: Schule ist nicht nur ein Ort, an dem Wissen vermittelt wird, Schule ist ein Ort, an dem Deine Stärken und Begabungen früh erkannt und gefördert werden.

Stell dir vor: Du wirst über mögliche Berufe und den Arbeitsmarkt in der Schule früh genug informiert und Deine Fragen und Wünsche rund ums Thema »Was will ich werden?« kannst Du mit Fachmenschen besprechen und klären.

Stell dir vor: Es gibt in der Schule gute Möglichkeiten, mehrere Sprachen zu lernen – Deine Chancen verbessern sich, mal über die Grenzen zu schauen, und im Ausland arbeiten zu können. Auch das könnte Europa sein. Dein Europa.

Unsere Hauptforderungen:

Chancen für den Übergang von Schule zu Beruf

- Besseres Lehrer-Schüler-Verhältnis
- Motivieren und Perspektiven aufzeigen
- Persönliche Stärken fördern
- Offene Schule
- Sozialarbeit in der Schule
- Gleiche berufliche Chancen für Mädchen und Jungen
- Zeitgemäße Berufsberatung

Chancen für berufliche Bildung und Mobilität

- Mehrsprachigkeit fördern
- Schüler helfen Schülern
- Einheitliches Schulsystem in Deutschland
- Beratung in der Schule
- Vergleichbare Schulstandards
- Mobilität fördern

Chancen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie

- Familienfreundliche Arbeitszeiten
- Bessere Ausbildungschancen für Frauen
- Babysitterbörsen
- Mehr Betriebs- und Universitätskindergärten
- Kinderfreundliche Universität
- Telearbeit
- Kinderbetreuung für unter 3-Jährige
- Erfahrungsaustausch: Eltern helfen Eltern
- Mehr »Familienzeit« für Männer
- Humane Arbeitszeiten
- Sexuelle Aufklärung
- Leitfaden für Beratungsstellen

Chancen für Mitbestimmung

- Schülervertretungen fördern
- Mehr Kinder- und Jugendparlamente und -beiräte
- Mehr Mitbestimmung und Wahlen ab 16
- Aktionstage an Schulen
- Jugendverbandsarbeit fördern
- Politik erfahrbar machen
- Soziales Praktikum für PolitikerInnen
- Praxisorientierter Politikunterricht
- Informationsmöglichkeiten ausbauen
- Zusammenarbeit von Politik und Schule
- Jugendliche als Experten in eigener Sache

Chancen für den Übergang von Schule zu Beruf

Vorschläge für eine Umsetzung im Bundesland Bremen

Besseres Lehrer-Schüler-Verhältnis

Soll Schule nicht nur ein Ort reiner Wissensvermittlung sein, muss die pädagogische und didaktische Ausbildung angehender LehrerInnen verbessert werden – beispielsweise durch gemeinsame Studienanteile mit den Studienbereichen Pädagogik/Soziale Arbeit.

Wir schlagen vor, dass LehrerInnen während ihres Berufslebens regelmäßig an Fortbildungen teilnehmen, damit sie mit geeigneten Methoden und Ansätzen ein besseres Lehrer-Schüler-Verhältnis aufbauen können.

Motivieren und Perspektiven aufzeigen

Vor allem Haupt- und RealschülerInnen haben mit einem negativen Image ihrer Schulformen zu kämpfen – oft mit Folgen: Sie verlieren den Mut, da ihnen vermittelt wird, dass sie mit ihrem Schulabschluss sowieso keine Aussicht auf einen Arbeitsplatz hätten. Durch fehlende Perspektiven verlieren sie schnell ihr schulisches Engagement.

Wir fordern, dass besonders Haupt- und RealschülerInnen gefördert und motiviert werden, ihnen müssen berufliche Perspektiven nach der Schulzeit aufgezeigt werden.

Persönliche Stärken fördern

Werden persönliche Stärken und Begabungen früh erkannt und gefördert, ergeben sich für SchülerInnen neue Möglichkeiten und Perspektiven. Ihre persönliche Begabung kann ihnen den Weg ins Berufsleben ebnen und kann so für ein Stück Chancengleichheit sorgen.

Wir wünschen uns, dass SchülerInnen dadurch motiviert werden, dass mehr auf ihre Stärken und Begabungen geachtet wird, und diese frühzeitig gefördert werden.





Offene Schule

Hinweise auf öffentliche, außerschulische Aktionen können bei SchülerInnen politisches Interesse wecken und Engagement fördern. Besuche von Universitäten, Firmen etc. sind sinnvoll, um von Möglichkeiten zu erfahren, die sich nach der Schulzeit bieten. Zu diesem Zweck sollten Schulen auch Auszubildende einladen, die in den Klassen über ihre Erfahrungen mit der Ausbildung, der Berufsschule und mit dem Berufsalltag berichten. Auszubildende sind nah an den SchülerInnen und an der Praxis dran und können daher überzeugend vermitteln, was diese erwartet. Der Austausch zwischen SchülerInnen und Azubis stärkt das soziale Netz und erleichtert vielleicht sogar den Zugang zu einem Praktikumsplatz.

Wir wollen, dass Schule Anregungen bezüglich außerschulischer Aktionen und für die Zeit nach der Schule gibt. Unsere Idee: Schulen könnten Auszubildende einladen, die über ihre Erfahrungen und ihren Werdegang berichten.

Sozialarbeit in der Schule

An den Schulen sollten SchulsozialarbeiterInnen eingesetzt werden, die versuchen, die Stärken der Jugendlichen zu erkennen, sie beraten und mit ihnen konstruktive Wege aus Krisen suchen. Da SchülerInnen sich eher Personen öffnen, die nicht zum Lehrpersonal gehören, ist so eine effektivere Arbeit auf Vertrauensbasis möglich.

Wir wollen, dass Schulen dazu angehalten werden, mindestens eine Sozialarbeiterstelle einzurichten und LehrerInnen eng mit den SchulsozialarbeiterInnen zusammenarbeiten.



Gleiche berufliche Chancen für Mädchen und Jungen

Noch heute ist es so, dass Mädchen und Jungen in der Ausbildung und später im Berufsleben unterschiedlich bezahlt werden. Trotz Initiativen wie dem »Girls Day« arbeitet ein Großteil der Mädchen in so genannten »Frauenberufen«, d.h. meist im Dienstleistungssektor. Denn in der Berufsberatung wird immer noch überwiegend geschlechtsspezifisch beraten.

Wir wollen, dass junge Frauen und Männer von der ersten Beratung an die gleichen Wahlmöglichkeiten haben und später gleich bezahlt werden.

Zeitgemäße Berufsberatung

Die Beratung über neue Berufsfelder, in denen neue Ausbildungsberufe entstehen, muss verbessert werden.

Wir wollen, dass die Berufsberatung umfassender auf Innovationen in der Arbeitswelt eingeht, Alternativen aufzeigt und auch »kreative« Wege für Auszubildende findet.

Chancen für berufliche Bildung und Mobilität

Vorschläge für eine Umsetzung im Bundesland Bremen

Mehrsprachigkeit fördern

Je mehr Sprachen wir sprechen, desto besser verstehen wir einander. Frühzeitiger Sprachunterricht an den Schulen fördert den Austausch und integriert ausländische MitschülerInnen. Nicht zuletzt erhöhen sich dadurch auch die beruflichen Chancen auf dem internationalen Arbeitsmarkt.

Wir möchten einen frühzeitigen Sprachunterricht, weil er die internationale Verständigung erleichtert und mögliche Sprachhürden leichter überbrückt werden können.

Schüler helfen Schülern

Viele Jugendliche schwänzen die Schule, weil sie »ja doch nichts verstehen« und von zuhause keine Unterstützung erfahren. Beim Erklären des Lernstoffes können SchülerInnen untereinander besser aufeinander eingehen, als etwa LehrerInnen.

Wir schlagen vor, ältere oder ehemalige SchülerInnen als Tutoren einzusetzen und eine Nachhilfe »von Schülern für Schüler« einzurichten.

Einheitliches Schulsystem in Deutschland

Die deutschen Schulsysteme lassen sich untereinander nicht vergleichen, da Deutschland ein föderalistisches Schulsystem hat. Das heißt: Jedes Bundesland entscheidet selbst, wie Schule aussieht und stattfindet. Die PISA-Studie hat gezeigt, dass die Schulsysteme nicht in allen Bundesländern gleich gut funktionieren. Seitdem ist zu befürchten, dass man beispielsweise mit einem Abitur aus Bremen nicht so gute Chancen in den anderen Bundesländern hat wie beispielsweise mit einem bayerischen Abitur.

Wir wollen ein deutschlandweit einheitliches Schulsystem, das von Bundesebene aus angegangen werden muss, um die deutschlandweite Chancengleichheit zu sichern.

Beratung in der Schule

Um besser auf das Berufsleben vorbereitet zu sein, müssen SchülerInnen schon frühzeitig umfassend beraten werden. Arbeitgeber, Unternehmen und Berufsfelder sollten vorgestellt werden; persönliche Gespräche zwischen SchülerInnen und Lehrkräften, aber auch mit kompetenten externen BeraterInnen sollten stattfinden, um die individuellen Stärken zu finden und zu fördern.

Wir wollen, dass in der LehrerInnenausbildung mehr auf pädagogische Aspekte eingegangen wird und Fortbildungen zu diesem Thema angeboten werden.

Vergleichbare Schulstandards

Die Standards in der LehrerInnen und SchülerInnen Ausbildung sind bremenweit nicht vergleichbar. Es darf nicht sein, dass ein und dieselbe Note von zwei verschiedenen Schulen nicht das gleiche wert ist oder dass man am Ende einer Jahrgangsstufe nicht den gleichen Wissensstand hat. Um eine Chancengleichheit in Ausbildung und Studium zu gewährleisten, müssen vergleichbare Standards geschaffen werden. Wir wollen vergleichbare Standards. Das Zentralabitur ist ein wichtiger Schritt in die Richtung. Darüber hinaus wollen wir, dass die Lehrerbildung verbessert wird und ein einheitlicher Lehrplan für alle Schulen gilt.

Mobilität fördern

Jugendlichen sollte es möglich gemacht werden, auch weiter entfernt gelegene Lehrstellen annehmen zu können, ohne durch einen Umzug aus ihrem sozialen Umfeld herausgerissen zu werden. Auch sollte die Mobilität Jugendlicher auf dem Lande gefördert werden.

Deshalb fordern wir, dass VBN-Fahrausweise (Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen) und Führerscheine in Einzelfällen finanziell gefördert werden. Außerdem sollte der Führerschein ab 16 in Ausnahmefällen genehmigt werden. Für finanziell Benachteiligte müssen mehr Stipendien vergeben oder andere Möglichkeiten für einen Auslandsaufenthalt eröffnet werden, damit auch diese eine internationale Mobilität erhalten. Die bisherigen Programme und Stipendien sprechen vor allem AbiturientInnen an.



Chancen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Vorschläge für eine Umsetzung im Bundesland Bremen

Familienfreundliche Arbeitszeiten

Familien verbringen immer weniger Zeit miteinander: Eltern kommen gestresst von der Arbeit, gemeinsame Mahlzeiten sind die Ausnahme, viele Kinder müssen Nachhilfeangebote in Anspruch nehmen, weil die Eltern keine Zeit haben, ihnen bei den Hausaufgaben zu helfen. Die Kommunikation beschränkt sich in manchen Familien auf ein Minimum, Probleme werden gar nicht oder zu spät besprochen.

Wir wollen, dass Mütter und Väter die Möglichkeit haben, ihre Arbeitszeiten flexibel zu gestalten (Gleitzeit) und ihren Lebensumständen anzupassen. Arbeit muss auch mit Familie möglich sein und Familienleben muss auch möglich sein, wenn man arbeitet!

Bessere Ausbildungschancen für Frauen

Die Ausbildungschancen für Frauen müssen verbessert werden. Beispielsweise sollten mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze geschaffen werden, die die Bedürfnisse von Müttern berücksichtigen. Gute Kinderbetreuung ist in vielen Kindergärten zwar möglich, aber: Sie ist oft teuer, gilt nur für bestimmte Altersstufen und wird auch nur zu ganz bestimmten Zeiten (meist vormittags) angeboten. Wenn intensive Lernphasen anstehen, dürfen Mütter, die noch zur Schule gehen, nicht zusätzlich noch ein Betreuungsproblem haben.

Wir fordern, dass jungen Müttern viele bezahlbare Möglichkeiten für eine Kinderbetreuung offen stehen. Für Mütter, die noch zur Schule gehen, sollte es auch dort Möglichkeiten der Kinderbetreuung geben.

Babysitterbörsen

Es ist nicht immer einfach, einen Babysitter zu finden. Eine Babysitterbörse im Internet könnte Abhilfe schaffen. Hier könnten sich Eltern Bewerbungen und Bewertungen verschiedener BabysitterInnen ansehen und per Mail mit ihnen in Kontakt treten. Darüber hinaus sollte es ein Internetforum für Eltern geben, wo sie ihre Fragen rund ums Kind anonym stellen können und erfahrene Eltern oder ErzieherInnen antworten.

Wir schlagen eine Babysitterbörse und ein Forum für Eltern im Internet vor, das Eltern bei Fragen rund ums Kind Unterstützung bietet. Eine weitere Idee ist die Kinderbetreuung in einem generationsübergreifenden Projekt gemeinsam mit Senioren.

Mehr Betriebs- und Universitätskindergärten

Ist das Kind nahe dem Arbeitsplatz oder der Universität untergebracht, können Eltern flexibler arbeiten und studieren, in den Pausen mit dem Kind zusammen in der Kantine bzw. der Mensa essen und abends gemeinsam nach Hause fahren.

Wir fordern mehr Betriebs- und Universitätskindergärten, denn sie erleichtern den Eltern die Arbeit bzw. das Studium und auch den Kontakt zu ihrem Kind.

Kinderfreundliche Universität

Universitäten und Hochschulen müssen sich umfassender auf die Lebensumstände junger Familien und Alleinerziehender einstellen. Die oben genannten Uni-Kindergärten sind da nur ein erster Schritt.

Wir schlagen vor, die Anwesenheitspflichten flexibler zu handhaben, Kinder in Ausnahmefällen mit in die Seminare bringen zu dürfen, Abgabefristen für Ausarbeitungen individuell zu vereinbaren, Wickelräume und ruhige, geschützte »Stillzonen« einzurichten.

Telearbeit

Junge Mütter sollten trotz Kind (das sie in den ersten Monaten nicht alleine lassen können) aktiv am Arbeitsleben teilnehmen können, etwa durch Telearbeit von zu Hause aus. So können sie gleichzeitig ihr Kind betreuen und weiter arbeiten.

Deshalb regen wir an, Müttern eine Telearbeit anzubieten.

Kinderbetreuung für unter 3-Jährige


Ein größeres, ganztägiges Angebot an Krippenplätzen für Kinder unter drei Jahren würde die Chancen arbeitender Eltern auf dem Arbeitsmarkt verbessern.

Wir fordern flexible Öffnungszeiten der Kindergärten, damit Eltern im Job flexibler sein können.

Erfahrungsaustausch: Eltern helfen Eltern

Junge Eltern fühlen sich oft alleine gelassen. Würde man sie in die ganztägige Kinderbetreuung mit einbeziehen, könnten hier Eltern von anderen Eltern lernen.

Wir regen Elternsprechgruppen an mit erfahrenen KindererzieherInnen und Eltern, die ihr gesammeltes Wissen weitergeben möchten. So bekommen junge Eltern die Chance, ihre ganz speziellen Fragen im kleinen Fachkreis zu besprechen und zu klären.



Mehr »Familienzeit« für Männer

Männern wird es oft schwer gemacht, sich Zeit für ihre Familie zu nehmen. Oft wird erwartet, dass sie über die Vollzeitbeschäftigung hinaus für den Betrieb verfügbar sind. Die Situation am Ausbildungsplatz sollte auch (jungen) Vätern die Möglichkeit geben, genügend Zeit mit ihren Kindern zu verbringen.

Wir fordern, dass Familie kein Karrierehindernis sein darf. Außerdem finden wir, dass Männer aufgrund der sich verändernden Rollenverhältnisse in den Familien und der Doppelbelastung (Familie und Beruf) auf ihre neue Rolle als Familienväter vorbereitet werden müssen.

Humane Arbeitszeiten

Überstunden dürfen nicht die Regel sein. Es gibt Arbeitsbereiche, in denen auch am Wochenende gearbeitet werden muss. Hier sollten klare Regelungen gelten und mehr gezahlt werden.

Wir fordern deshalb KiTa-Öffnungszeiten, die in der Woche ein gemeinsames Familienleben ermöglichen. Der Sonntag muss als Familientag arbeitsfrei bleiben.

Sexuelle Aufklärung

Kindern und Jugendlichen muss die Scheu genommen werden, Fragen zum Thema Sexualität, Verhütung und Schwangerschaft zu stellen. Denkbar wären Projekte in der Schule zum Thema »Lebensplanung«. Dabei sollten Jungen und Mädchen geschlechtsspezifische Angebote erhalten. Eine frühzeitige Aufklärung für Kinder und Jugendliche ist wichtig.

Wir wünschen uns, dass sich die Aufklärung in der Schule mehr an den Lebensumständen und Bedürfnissen der SchülerInnen orientiert.

Leitfaden für Beratungsstellen

Da es eine verwirrende Vielzahl von Beratungsstellen gibt, sollten Eltern gleich bei der Geburt ihres Kindes einen Leitfaden an die Hand bekommen.

Unsere Idee: Frisch gebackene Eltern erhalten eine Liste mit empfehlenswerten Beratungsstellen und eine Liste mit »notwendigen Schritten bei den Ämtern«.

Chancen für Mitbestimmung

Vorschläge für eine Umsetzung im Bundesland Bremen

Schülervertretungen fördern

Schülervertretungen (SV) brauchen einen eigenen Raum zu ihrer Verfügung (eigentlich ist ein SV-Raum für jede Schule vorgeschrieben, wird aber aus Platzmangel oftmals nicht bereitgestellt) und LehrerInnen müssen auf die SV-Sitzungen aufmerksam machen. Die Ergebnisse der Sitzungen könnten in einer Vollversammlung, einmal im Halbjahr, bekannt gegeben werden.

Wir fordern, dass Schülervertretungen mehr gefördert werden.

Mehr Kinder- und Jugendparlamente und -beiräte

Jugend- und Kinderparlamente dürfen nicht zu reinen »Alibi-Veranstaltungen« verkommen, die keine Nachhaltigkeit haben. Vorschläge von Jugendlichen, wie man das Geld, das für sie ausgegeben werden soll, sinnvoll investieren könnte, müssen ernst genommen und möglichst umgesetzt werden. Gegebenenfalls könnte man ihnen ein Budget für eigene Projekte zur Verfügung stellen, das sie eigenständig verwalten. Dadurch könnte man mehr Partizipation von Jugendlichen und Kindern in der Politik erreichen und der »Wählen-bringt-nichts-Haltung« entgegen wirken.

Wir wollen, dass noch mehr Jugend- und Kinderparlamente und -beiräte eingerichtet werden, in denen wir aktiv lernen und verstehen können, was Demokratie und Politik bedeutet.





Mehr Mitbestimmung und Wahlen ab 16

Die Beiräte dürfen bereits von Jugendlichen ab 16 Jahren gewählt werden. Es müssen noch mehr Jugendliche animiert werden, von diesem Recht Gebrauch zu machen.

Wir wollen, dass die Absenkung des Wahlalters für die Wahlen der Beiräte auf 16 Jahre beibehalten wird. Außerdem wollen wir befragt werden, wenn es um Entscheidungen geht, die uns betreffen – wie beispielsweise die Strukturierung des Schulwesens in Bremen.

Aktionstage an Schulen

Durch Aktionstage zu Themen wie beispielsweise Politik, Beruf und Zukunft kann man an Schulen viele Jugendliche erreichen und sie auf diesem Weg dazu bringen, nachzudenken, sich einzumischen und aktiv zu werden.

Wir wollen lernen, uns zu partizipieren.

Jugendverbandsarbeit fördern

Jugendverbände leisten politische Aufklärung und informieren Jugendliche über Aktionen, wie beispielsweise »Jugend macht Europa«. Die Verbände fördern die Jugendlichen und bringen sie dazu, ihre Interessen in freiwilliger Arbeit umzusetzen. Jugendliche gestalten die Arbeit in den Verbänden mit und finden hier Orte, an denen sie ernst genommen werden. Neben verschiedenen anderen sozialen Kompetenzen lernen Jugendliche hier, sich aktiv zu engagieren, mitzureden und sich Gehör zu verschaffen.

Wir fordern, dass Jugendverbände mehr gefördert werden, denn sie sind Orte der Partizipation.

Politik erfahrbar machen

PolitikerInnen sollten mehr Interesse an den Belangen der Jugendlichen zeigen, damit diese erfahren, dass ihre Meinung und ihr Engagement gewürdigt werden. Jugendliche könnten beispielsweise als Experten in eigener Sache zu Beiratssitzungen eingeladen werden, wenn für sie relevante Themen auf der Tagesordnung stehen. PolitikerInnen könnten sich in den Einrichtungen und Verbänden der Stadtteile informieren, was Jugendliche sich wünschen und was ihnen im Stadtteil fehlt und die entsprechenden Einrichtungen dann in die Organisation und Umsetzung von Verbesserungsvorschlägen einbinden.

[Wir wollen eine für uns erfahrbare Politik und dass man uns ernst nimmt.](#)

Soziales Praktikum für PolitikerInnen

Zu selten erleben PolitikerInnen Kinder und Jugendliche in ihrem Alltag. Wenn sie beispielsweise die Armut von Kindern und Jugendlichen persönlich und hautnah erfahren würden, würde sie das vielleicht nachdenklich machen und es fiel ihnen leichter, gute Vorschläge für Jugendliche anzunehmen und durchzusetzen. Debatten über Einsparungen sollten danach nicht mehr so leicht geführt werden können wie heute.

[Wir regen an, dass PolitikerInnen mehrere Tage lang ein soziales Praktikum in Jugend-Einrichtungen absolvieren, damit sie einmal unmittelbar erleben, wie schlecht es einigen Kindern und Jugendlichen heute geht.](#)

Praxisorientierter Politikunterricht

Durch praxisorientierte Unterrichtsmethoden wie beispielsweise Rollenspiele können die SchülerInnen auf kreative Art und Weise für das Thema Politik interessiert werden. Wenn an Schulen entsprechende Zeitungen angeboten würden, könnten sich die Jugendlichen täglich über das aktuelle Geschehen informieren und die LehrerInnen könnten auf diese Themen im Unterricht aktuell Bezug nehmen. Gleichzeitig könnten im Unterricht die verschiedenen Arten der Berichterstattung untersucht werden und die SchülerInnen auf die Tricks der Presse und anderer Medien aufmerksam gemacht werden, die einen bedeutenden politischen Einfluss haben.

[Wir wünschen uns mehr praxisorientierte Unterrichtsmethoden.](#)

Informationsmöglichkeiten ausbauen

Informationsmöglichkeiten für Jugendliche müssen verbessert werden, damit sie erfahren, wo sie sich freiwillig engagieren können und welche Aktionen aktuell laufen. Ein Beispiel sind etwa das »Freiwillige Soziale Jahr« (FSJ) und die europäischen Freiwilligendienste. Auf diese Angebote sollten vor allem auch benachteiligte Jugendliche aufmerksam gemacht werden, da diese oftmals gar nichts von diesen Einrichtungen wissen. Die Teilnahme an solchen Programmen muss insgesamt niedrigschwelliger gestaltet werden.

[Wir brauchen mehr Internet-Plattformen, auf denen wir gezielt informiert werden – umfassend und zu den verschiedensten Themen.](#)

Zusammenarbeit von Politik und Schule

Eine bessere Zusammenarbeit von Politik und Schule könnte helfen, genauer auf die Probleme der Jugendlichen einzugehen. Schulen sind der Ort, wo Kinder und Jugendliche die meiste Zeit verbringen und wo sie eigentlich für das politische Leben interessiert und darüber informiert werden sollen. Andersherum könnten Schulklassen aber auch Beiratsitzungen oder andere politische Gremien besuchen, in denen Themen aus dem Politikunterricht behandelt werden.

[Wir wünschen uns, dass uns PolitikerInnen mehr in den Schulen besuchen und dass sie uns darüber hinaus auch »in ihrem Hause« über das politische Leben informieren.](#)

Jugendliche als Experten in eigener Sache

Regelmäßige Zukunftswerkstätten und Workshops in den Stadtteilen oder darüber hinaus sollen deutlich machen, was Jugendliche sich für ihre Stadt wünschen, was bereits gelungen ist und wo es noch Bedarf gibt.

[Wir wollen mehr als Experten in eigener Sache angesehen werden.](#)



Bremer Jugendingring e. V.

Angela Ruess

Plantage 24

28215 Bremen

Telefon 0421-792 62 23

E-Mail angela.ruess@bremerjugendingring.de

www.bremerjugendingring.de



Die Forderungen zum Europäischen Pakt der Jugend haben geschrieben:

Nane-Sophie Bergmann (5), Laura Brandt, Isis Hanna, Frederieke Kloppmann, Claudia Vierke (2), Bund der Deutschen Katholischen Jugend und Katholische Studierende Jugend; Katharina Schaaf (6), Frederieke Miesner (1), Naturfreundejugend; Marie Sagner (3), Alexander Kaatz (4), Schulzentrum Rübekamp; und Angela Ruess, Bremer Jugendingring.